



„Es trifft uns auch in Bremen“

Wie arme Menschen unter dem Klimawandel leiden und was Bremen dagegen tun kann

Interview: Jan Zier – Foto: Kay Michalak

Bei der diesjährigen Bremer Armutskonferenz wird über die Folgen der Klimakrise diskutiert. Thomas Schwarzer ist für die Arbeitnehmerkammer dabei. Wir haben ihm vorab ein paar Fragen gestellt.

Was hat die Klimakrise mit der Armut in Bremen zu tun?

Thomas Schwarzer: Bis vor wenigen Jahren war die Klimakrise scheinbar noch weit weg: Dürren gab es in Afrika, das Eis schmolz am Nordpol. Spätestens seit der Flut im Ahrtal sind die Folgen auch bei uns zu spüren. Im letzten Jahr mussten viele Menschen in Lilienthal, Borgfeld und Timmersloh ihre Häuser wegen aufgeweichter Deiche verlassen. Es trifft uns also auch in Bremen – durch Starkregen, vollgelaufene Keller oder Hitzewellen.

Aber alle gleichermaßen, oder?

Es trifft uns in sehr unterschiedlicher Weise und mit sehr ungleichen Möglichkeiten, sich abzusichern: Ärmere Haushalte sind kaum vor den Folgen von Extremwetterereignissen geschützt. Gerade die Wohnviertel, in denen viele Menschen mit wenig Geld leben, sind auch in Bremen stark versiegelt, viele Gebäude dort schlecht gedämmt: Sie sind im Sommer zu heiß und im Winter kalt, viele Häuser verursachen hohe Energiekosten. Es zeigt sich immer konkreter, dass die Folgen der lange absehbaren Klimakrise die bestehenden Armuts- und Gesundheitsrisiken weiter verschärfen. Gerade diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, sind von seinen Folgen besonders stark betroffen. Für Deutschland ist nachgewiesen, dass Menschen aus der ärmeren Hälfte der Bevölkerung das Klima 15-mal weniger belasten als Leute, die zum reichsten ein Prozent gehören. Am Ende trifft es vor allem Ältere und Kranke, Schwangere und Kinder, Menschen in Heimen, Kindergärten oder Kliniken und jene, die sich im Sommer lange draußen aufhalten oder draußen arbeiten.

Wie kann eine sozial gerechtere Klimapolitik aussehen?

In den letzten Jahren mangelte es nicht an kontroversen Debatten und sinnvollen Maßnahmen in vielen Unternehmen und der durch breite Proteste getriebenen Politik. Rückblickend wird deutlich, dass soziale Aspekte in der bisherigen Klimapolitik oft nur am Rande eine Rolle spielen. Förderungen für Elektroautos haben überwiegend Wohlhabende genutzt, ebenso jene für eine energetische Gebäudesanierung. Gerade Menschen mit geringen Einkommen müssen gezielt beim Fenstertausch, der Dachdämmung oder der Anschaffung effizienter Elektrogeräte unterstützt werden. Menschen in schlecht isolierten Wohnungen zahlen schon

heute den höchsten Anteil an ihren Lebenshaltungskosten für steigende Mieten. Nicht zu Unrecht befürchten sie, dass die nach einer Sanierung noch weiter steigen – auch wenn Förderprogramme vorgeben, genau das zu verhindern. Soll die Klimawende gelingen, muss sie also ökologisch und sozial gerechter gestaltet werden. Politisch muss viel stärker betont werden, welche Vorteile das gerade für Menschen mit wenig Geld hätte: Sind ihre Wohnungen gut isoliert, benötigen sie weniger Heizwärme. Existiert eine Solaranlage auf dem Dach oder auf dem Balkon, kann sie Strom liefern, während das Heizen mit Gas und Öl absehbar noch teurer wird.

„Gerade die Wohnviertel, in denen viele Menschen mit wenig Geld leben, sind auch in Bremen stark versiegelt, viele Gebäude dort schlecht gedämmt: Sie sind im Sommer zu heiß und im Winter kalt, viele Häuser verursachen hohe Energiekosten.“



Was kann in Bremen konkret getan werden?

Der Senat hat im vergangenen Herbst einen Hitzeaktionsplan verabschiedet. Arme Menschen müssen bei den anstehenden Maßnahmen besonders berücksichtigt werden: Eine vorausschauende Klimapolitik ist ein aktiver Beitrag zur Armutsreduzierung. Die Stadtteile, in denen viele Menschen mit wenig Geld leben, müssen bevorzugt an die kommunale Wärmeversorgung angeschlossen werden. Gerade dort fehlen Schattenplätze, Grünflächen und öffentliche Trinkwasserbrunnen. Es geht aber auch um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten etwa in Krankenhäusern, Kitas oder Altenheimen oder dort, wo wie auf dem Bau viel unter freiem Himmel gearbeitet wird. Vieles von dem, was in Bremen getan werden kann, betrifft zwar private Investitionen. Doch der soziale Wohnungsbau ist ja Ländersache, ebenso muss in umweltfreundlichen öffentlichen Nahverkehr investiert werden. Es darf nicht vom Geldbeutel abhängen, ob Umstiege zu klimaneutralen Technologien oder einer gesunden, ökologischen Ernährung überhaupt möglich sind. Doch die Fortschritte kommen zu langsam.

„Förderungen für Elektroautos haben überwiegend Wohlhabende genutzt, ebenso jene für eine energetische Gebäudesanierung. Gerade Menschen mit geringen Einkommen müssen gezielt beim Fenstertausch, der Dachdämmung oder der Anschaffung effizienter Elektrogeräte unterstützt werden.“

Die Arbeitnehmerkammer fordert nun ein „Klimageld“. Was ist das?

Fossile Brennstoffe werden durch den Emissionshandel ab 2027 teurer werden. Zum Ausgleich gerade für jene, die höhere Energiekosten nicht so locker aus eigener Tasche zahlen können, fordern wir von der neuen Bundesregierung zügig ein einfach administrierbares, pauschales Pro-Kopf-Klimageld. Höhere Einkommensgruppen, die in der Regel mehr CO₂ ausstoßen, profitieren dann im Verhältnis weniger als Haushalte mit kleineren Einkommen. Dabei ist eine klare Kommunikation der Zusammenhänge notwendig: Erfahrungen in der Schweiz zeigen, dass ausgezahltes Klimageld oft gar nicht als solches wahrgenommen wird – dies ist aber wichtig für eine Akzeptanz von klimapolitischen Maßnahmen. Eigentlich müsste das Klimageld sozial gestaffelt werden. Aber dafür fehlt es noch an detaillierten Daten.

Thomas Schwarzer

ist Referent für kommunale Sozialpolitik bei der Arbeitnehmerkammer und beschäftigt sich insbesondere mit der sozialen Spaltung der Städte Bremen und Bremerhaven.



Foto: Stefan Schmidbauer



6. Bremer Armutskonferenz

Der Armuts- und Klimakrise in Bremen gemeinsam begegnen: Montag, 3. März 2025, 9.30 bis 17 Uhr, Am Tabakquartier 10, 28197 Bremen
Die Arbeitnehmerkammer gehört zum Initiativkreis der Armutskonferenz.